

## 1. Mai 2021 – Zeit für die soziale Wende!

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD und Nationalrätin GRÜNE

Die Pandemie hat uns Menschen erschüttert. Plötzlich sind einschneidende Massnahmen nötig, weil Tausende Menschen krank, schwer krank werden und viele gar sterben.

Die Pandemie hat die Arbeitswelt erschüttert, die Ungleichheit verschärft und die Einkommensschere weiter geöffnet. Die Reichsten wurden durch Einkommen und Börsengewinne noch reicher, während es die Ärmsten mit den tiefsten Löhnen am härtesten traf, überproportional die Frauen. Das Vermögen allein der 300 Reichsten in der Schweiz – dazu gehören die Blochers – betrug Ende 2020 707 Milliarden. Allein 2020 – im Krisenjahr – 5 Mia mehr und seit 2017 über 30 Milliarden Fr mehr Vermögen! Erzielt einzig über Börsengewinne, ohne Arbeitsleistung! Locker könnten sie die Kosten für die Behebung der absoluten weltweiten Armut finanzieren, welche die UNO auf 120 Milliarden schätzt. Mit den noch verbleibenden über 580 Milliarden liesse sich weiterhin fürstlich leben!

Für die einen Arbeitnehmer\*innen bspw. im Gesundheitswesen sind seit über einem Jahr Dauerstress und Überbeanspruchung Realität – und ausser Klatschen keine Anerkennung! Gleichzeitig wurden Hunderttausende entlassen oder bangen um ihren Arbeitsplatz. Betroffen sind ganze Branchen und vor allem junge und ältere Arbeiter\*innen. Viele mussten aufgrund von Kurzarbeit deutliche Lohneinbussen in Kauf nehmen, was gerade Tieflohner\*innen in die Armut trieb. Prekäre Jobs und miserable Arbeitsbedingungen bspw. im Online-Handel, Kurier- und Calldienst nahmen zu. Tausende waren auf Lebensmittelpakete von karitativen Organisationen angewiesen – in der Schweiz und noch schlimmer weltweit!

Eine soziale Wende ist machbar! Corona hat gezeigt, wie viel in Anbetracht der Krise plötzlich möglich wird, wenn der Wille da ist. Zum Glück! Damit die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie nicht noch schlimmer trafen, sprachen Bund und Kantone mit parlamentarischer Zustimmung innert kurzer Zeit Milliarden. Das Covid-Gesetz regelt die wirtschaftlichen und sozialen Unterstützungsmassnahmen wie Kurzarbeitsentschädigung und Beiträge für Selbständige und Freischaffende. Dank riesigem Einsatz des SGB und links-GRÜN im Rat konnten viele Verbesserungen erreicht und noch viel grösseres Leid verhindert werden. Deshalb unbedingt JA zum Covid-Gesetz am 13. Juni 2021, damit die Unterstützung weiterhin möglich bleibt!

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig, gar lebens- und überlebenswichtig ein funktionierender Service Public ist: ein gut funktionierendes Gesundheitswesen, weiterhin gute Bildung – auch in online-Variante, öffentlicher Verkehr, Abfallwesen, Kommunikation, Energie bspw. fürs Homeoffice und die vielen Videokonferenzen etc. Dem gilt es Sorge zu tragen und nicht etwa an Sparpakete zu denken, weil der Staat Geld ausgab für Unterstützungsmassnahmen! Die Pandemie hat ausserdem deutlich gezeigt, wie systemrelevant gerade die Care-Berufe in Pflege und Betreuung sind. Was hätten wir gemacht ohne das Gesundheitspersonal!! Und offensichtlich wurde, Kinderbetreuung und Pflege der betagten Familienangehörigen geht nicht nebenbei, wenn Homeoffice gefordert wäre! Kitas sind systemrelevant und müssen allen als Teil des Service Public zur Verfügung stehen. Ihre Finanzierung ist aber längst nicht gesichert, die Löhne sind tief, der Betreuungsschlüssel knapp und zu viele Stellen mit Nichtausgebildeten oder Praktikant\*innen besetzt.

Dauerthema ist die Altersvorsorge. Immer wieder wird den Leuten Angst eingejagt mit der Behauptung, sie sei nicht gesichert, obwohl auch das einzig eine Frage des politischen Willens und der entsprechenden Finanzierung wäre.

So wird aktuell die «AHV 21» beraten – eine bodenlose Frechheit! Wir haben zwar ein – notabene nur vorübergehendes – Loch während den Babyboomer-Jahrgängen in der AHV, aber kein strukturelles Problem. Die AHV ist die beste, sicherste, fairste und sozialste Sozialversicherung, weil alle den gleichen Prozentsatz von 4,35% leisten, auch diejenigen mit Millionensalären und Boni. Das ist gerecht und fair; nicht Umverteilung von Jung zu Alt, sondern von Reich zu Arm. Echt gerecht!

Jetzt präsentiert der Bundesrat eine AHV-Vorlage, die einzig auf dem Buckel von uns Frauen ausgetragen werden soll, obwohl wir im Schnitt die Hälfte der Männerrenten bekommen. Nicht zuletzt weil wir den Grossteil der Gratis-Care-Arbeit leisten und deshalb oft nur einen Teilzeitjob übernehmen können. Trotzdem soll das Frauen-Rententalter auf 65 angehoben werden mit bescheidenen Ausgleichszahlungen von gerade einmal einem Drittel, die der Ständerat nochmals reduzierte. Neue Daten zeigen aber: gäbe es keine Lohnungleichheit und hätten wir Frauen denselben Lohn bezogen wie die Männer, gäbe es kein AHV-Loch! Wir Frauen haben aber noch heute bis 20% weniger Lohn, sollen länger arbeiten und mit einer noch tieferen Rente bezahlen. Das geht gar nicht!

Heute, am internationalen Tag der Arbeit kämpfen wir für einen Aufschwung für Arbeitnehmer\*innen:

- Arbeit bzw. Vollbeschäftigung für alle statt Armut!
- Gute, gerechte Arbeitsbedingungen für alle, abgestützt mit GAVs!
- Selbstverständlich mit gutem Gesundheitsschutz – in der jetzigen und nächsten Pandemie!
- Anständige Löhne, die zum Leben reichen! D.h. höhere Löhne in den unteren und mittleren Lohnsegmenten – die Obersten haben schon profitiert! Fr. 23/h ist ein absolutes Minimum!
- Endlich gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit zwischen Mann und Frau statt Rentenaltererhöhung!
- Aufwertung und bessere Arbeitsbedingungen der Care-Berufe in Pflege und Betreuung inkl. Vereinbarkeit von Familie und Beruf!
- Überall qualitativ gute Kitas als Teil des Service Public mit guten Arbeitsbedingungen und genügend qualifiziertem Personal statt Praktikant\*innen!
- Eine soziale Altersvorsorge, die endlich den Verfassungsauftrag umsetzt, nämlich die Weiterführung des gewohnten Lebens – am besten mit der AHV!
- Rückerstattung der überschüssigen Krankenkassen-Reserven von 5 Mia an die Bevölkerung!
- Einen Service Public für alle mit einem guten Gesundheitswesen, Bildung, öV, Energie-(Versorgung) etc.!
- Keine Sparpakete! Im Gegenteil: Investitionsprogramm in die Pflege, Betreuung und in die Nachhaltigkeit. Denn Service Public dient uns allen!
- Ja zum CO2-Gesetz, damit wir endlich den Klimaschutz in Angriff nehmen!
- Ausbildungs- und Umschulungsoffensive – für alle erschwinglich, damit der ökologische Umbau sozial gelingt!
- Bezahlt über mehr Steuern der Superreichen!
- Wider Sexismus, Rassismus, Diskriminierung und Gewalt – aber Mitbestimmung für alle!
- Kein Mensch ist illegal – Wer hier ist, soll arbeiten können!
- Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen – egal mit welchem Pass und woher jemand kommt – das gilt auch für die Bilateralen – also Ja zu den Bilateralen, aber nur mit Lohnschutz!

Es ist Zeit für die soziale Wende! Corona hat es gezeigt: Viel ist möglich, wenn der politische Willen da ist! Packen wir es an – gemeinsam und solidarisch!